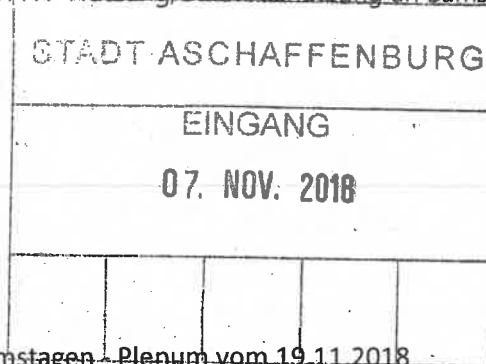


Von:
Gesendet:
An:
Betreff:

Poststelle_Buero_OB
Mittwoch, 7. November 2018 15:00

WG: Kostenlose ÖPNV-Nutzung/Stadtbusnutzung an Samstagen - Plenum
vom 19.11.2018



Von: Kanzlei RAe Gerlach <Kanzlei@rae-gerlach.de>
Gesendet: Mittwoch, 7. November 2018 14:53
An: Herzog, Klaus <klaus.herzog@aschaffenburg.de>
Cc: Dann, Jochen <jochen.dann@aschaffenburg.de>
Betreff: Kostenlose ÖPNV-Nutzung/Stadtbusnutzung an Samstagen - Plenum vom 19.11.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beziehen uns auf die o.g. Angelegenheit und danken für die Verlegung des TOP auf die nächste Plenumsitzung. Wir bitten nochmals um Verständnis, dass wegen der erst am Sitzungstag vorgelegten Beschlussvorlage uns keine inhaltlich verantwortbare Entscheidung möglich war, zumal der uns bekannte, der Beschlussvorlage zugeordnete Antrag der SPD-Fraktion vom 03.10.2018 einen deutlich anderen Sachverhalt betrifft.

Die knapp gehaltene Begründung der Beschlussvorlage halten wir für erläuterungs- und ergänzungsbedürftig, gerade auch weil die finanziellen und verkehrstechnischen Auswirkungen zu vage bleiben. Nach einem nachhaltigen Konzept schaut das jedenfalls (noch) nicht aus. Es macht nach unserer Ansicht auch keinen Sinn, mit Blick auf die Vorweihnachtszeit (vermeintliche) Bonbons zu verteilen. „Kostenlose Stadtbusnutzung“ scheint angesichts der aktuellen Diskussionen eine vielversprechende Vision, die allerdings noch viele Fragen offen lässt. „Kostenlos“ heißt dabei nämlich nicht „keine Kosten“, sondern lediglich Kostenumlegung, nämlich dass nicht der ÖPNV-Nutzer zahlt, sondern mit allgemeinen städtischen Haushaltsmitteln finanziert werden soll. Solche Kosten sind aber jedenfalls im laufenden Haushaltsplan nicht veranschlagt. Wer aber den ÖPNV an Samstagen kostenlos anbieten will, muss dann auch sagen, woher das Geld dazu kommt.

Wir erinnern an die Werksenatssitzung vom 11.10.2018, in der ein Prüfauftrag für eine Vielzahl von „innenstadtverträglichen ÖPNV-Konzept-Bausteinen“ erteilt wurde, eben um eine Entscheidungsgrundlage zu bekommen. Die CSU-Stadtratsfraktion begrüßt, dass damit eine Diskussion angestoßen wurde. Wir sind aber der Auffassung, dass wir mit nur punktuellen Versuchsprojekten nicht besonders weit kommen. Wir hätten schon erwartet, dass dem o.g. Prüfauftrag gemäß zunächst eine Gesamtbetrachtung auf Realisierbarkeit der angedachten Möglichkeiten, auch unter Beachtung haushaltsgerechter Machbarkeit, vorgelegt wird. Daran fehlt es aber.

Dessen ungeachtet wenden wir uns nicht von vornherein gegen eine versuchsweise sog. „kostenlose“ Stadtbusnutzung an Samstagen als einen ersten Schritt zur Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr und zur Attraktivierung der Innenstadt, benötigen aber zu einer Entscheidung noch weitere Informationen. Wir beantragen daher eine Stellungnahme bzw. ergänzende Erläuterung zu folgenden Fragestellungen:

- Welche städtischen Haushaltsmittel sind für die Realisierung der angedachten innenstadtverträglichen ÖPNV-Konzept-Bausteine insgesamt erforderlich? Soweit anderweitige Aufgaben zurückstehen müssten, sieht die Verwaltung für die Attraktivierung des ÖPNV anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten?
- Worauf beruht die Annahme, dass bei gleichbleibenden Strukturen (bestehendes Liniennetz, derzeit halbstündliche Taktzeiten) und mehr Fahrgästen bei damit vermindertem Fahrkomfort (evtl. überfüllte Fahrzeuge, verlängerte Fahrzeiten) dann auch langfristig mehr Leute in den Bus steigen, wenn es nichts kostet? Wäre es nicht zielführender, die ÖPNV-Angebote, insbesondere zu Spitzenverkehrszeiten, zu verbessern und Fahrpreise evtl. zu staffeln statt die Nutzung des ÖPNV komplett kostenlos zu machen? Gibt es hierzu anderweitig Erfahrungen bzw. wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse?
- Welche konkrete Auslastung zu welchen konkreten Zeiten, insbesondere Spitzenzeiten, hat der ÖPNV an Samstagen und welche Kapazitätsreserven lassen sich bei der derzeitigen Struktur daraus bei den jeweiligen Anbietern der Verkehrsgemeinschaft ableiten? Sind hierzu Zahlen erhoben?
- Auf welchen konkreten Annahmen beruhen die erwarteten Einnahmeausfälle? Gibt es bei genauer Betrachtung nicht noch darüber hinaus gehenden Kostenaufwand?

- Ist das Vorhaben innerhalb der Verkehrsgemeinschaft abgestimmt? Hat das Vorhaben irgendwelche Auswirkungen auf evtl. staatliche Erstattungs- und Ausgleichszahlungen, auf bestehende Zeitfahrkarten?
- Gibt es ein Finanzierungskonzept zwecks Anpassung der Infrastruktur und der damit verbundenen Mehraufwendungen im (erwarteten) Fall der steigenden Nutzernachfrage?

Es wäre hilfreich, wenn die Fragen vorab schriftlich beantwortet werden, damit dann im Plenum am 19.11.2018 auf dieser Basis entschieden werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Gerlach Rainer Kunkel
- stellvertretende Fraktionsvorsitzende -

Roßmarkt 34, 63739 Aschaffenburg
Telefon: (0 60 21) 21 90 80
Telefax: (0 60 21) 21 90 60
eMail: Kanzlei@rae-gerlach.de